



**Comité «OUI à la sécurité routière,  
OUI à la 3<sup>e</sup> voie autoroutière entre Lausanne et Genève»**

**Es gilt das gesprochene Wort    EMBARGO : 24.09.2008, 13.30 Uhr**

**Medienkonferenz vom Mittwoch, 24. September 2008 in Bern**

**Eine dritte Autobahnspur, im Rahmen des genehmigten  
Voranschlags, ohne neue Steuern oder neue Schulden**

**Ausführungen von Herrn Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP/VD)  
Ko-Präsident des Komitees**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn wir heute den Eidgenössischen Räten die Petition « JA zur Verkehrssicherheit, JA zur dritten Autobahnspur zwischen Lausanne und Genf » überreichen, so verlangt unser Komitee damit konkret einen Anteil an den 5,5 Milliarden Franken, welche der eidgenössische Infrastrukturfonds für die Beseitigung von Engpässen auf den Autobahnen bereit hält. Unser Komitee will damit dem demographischen und wirtschaftlichen Wachstum der Genfersee-Region Rechnung tragen und die Sicherheit auf der Strasse verbessern.

Was kostet nun der Ausbau der Autobahn Lausanne – Genf auf drei Spuren? Diese Fragen haben uns die Medien gestellt, als wir die Petition lancierten, und diese Frage stellen Sie sich gewiss auch heute. Sagen wir es klar: Unser Komitee wollte nicht diese oder jene Expertengruppe beauftragen, ein Budget für eine dritte Autobahnspur zu erstellen. Warum? Weil jede Studie im Auftrag einer Interessengruppe sofort angefochten wird; bei Berechnungen des Bundesamtes für Strassen im Rahmen des Programmes für die Beseitigung von Engpässen auf Autobahnen wird dies weniger der Fall sein.

Wenn wir aber auch keine Kosten für eine dritte Autobahnspur zwischen Lausanne und Genf angeben, bevor wir die Berechnungen des Bundesamtes für Strassen kennen, so halten wir doch zwei Punkte fest:

Zum einen erlauben die Erfahrungen beim Ausbau der Autobahnumfahrung im

Norden Lausannes und der vorgesehene Wegfall des Grünstreifens zwischen den Fahrrichtungen der Autobahn eine günstige Erweiterung der bestehenden Autobahn bis 2020.

Zum andern sind wir uns wohl bewusst, dass die Verwirklichung einer dreispurigen, unterirdischen Autobahnumfahrung von Morges, also eine neue Autobahn zwischen Morges und Lausanne bis 2030, zusätzliche Probleme schafft.

Diese neue Autobahn – notwendig für eine bessere Lebensqualität der Einwohner von Morges – ist jedoch Bestandteil des künftigen Programmes für die Erweiterung des Autobahnnetzes (NEB+), also eines anderen Programmes als dem hängigen Programm für die Beseitigung von Engpässen (PEB).

Nachdem dies klar gestellt ist, meine Damen und Herren, lege ich grössten Wert auf die Feststellung, dass unsere Petition darauf abzielt, der Genfersee-Region verfügbare und für den Strassenbau bestimmte Bundesbeiträge zuzuführen. Unser Komitee zielt auf den Ausbau der Autobahn zwischen Lausanne und Genf auf zweimal drei Spuren im Rahmen des Budgetpostens „Autobahnen“ des Infrastrukturfonds und der Spezialrechnung Strassenverkehr. Wir wollen also weder neue Steuern oder Gebühren noch zusätzliche Schulden des Bundes. Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Anwendung der Artikel 83 und 86 der Bundesverfassung sowie des Bundesgesetzes über den Infrastrukturfonds, das 2006 von den Eidgenössischen Räten mit grosser Mehrheit angenommen worden ist, von den Fraktionen der SP und der Grünen eingeschlossen!

Schliesslich behindert eine dritte Autobahnspur zwischen Lausanne und Genf ein drittes Bahngleis zwischen Lausanne und Genf überhaupt nicht. Warum? Weil die grossen Bahnprojekte durch einen Fonds finanziert werden und die Beseitigung von Engpässen durch einen andern, und ohne Änderung der Verfassung kein Geld von einem Fonds zum andern umgeleitet werden kann. Zudem verlangt ja unsere Petition auch die Vorfinanzierung eines dritten und/oder vierten Bahngleises zwischen Lausanne-Renens-Allaman, dies in der Erwartung der wahrscheinlichen Erstreckung des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte.

Eine dritte Spur für die Autobahn steht also nicht im Wettbewerb mit einem dritten Bahngleise, das für die Entwicklung der Genfersee-Region ebenfalls unentbehrlich ist, wie dies die Regierungen von Genf und der Waadt jüngst festgehalten haben.